

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses der Stadt Lörrach
am Dienstag, 20. Juni 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade Bernnat (als Vertretung Schlecht) Cyperrek Denzer (als Vertretung Herzog) Heuer Höfler Krämer Kurfeß Lusche (bis 19.50 Uhr) Pichlhöfer Roßkopf Salinas de Huber Simon Wiesiollek (als Vertretung Salach)
Entschuldigt:	Claassen, Herzog, Martin, Salach, Schlecht
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler Fachbereichsleiterin Dr. Held Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Komm. Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 19.35 Uhr) Fachbereichsleiter Welz (bis 19.35 Uhr) Geschäftsführerin Ziegler-Jung (bis 20.30 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Haasis (bis 20.20 Uhr) Integrationsbeauftragte Dr. Schwarz (bis 19.35 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Roßkopf und Stadtrat Denzer
Schriftführung:	Frau Heinze
Beginn:	18.10 Uhr
Ende:	20.40 Uhr

TOP 1

Neumatt-Brunnwasser - Neue städtebauliche Ideen im Rahmen der Wohnraum-offensive 2025

Vorlage: 114/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und begrüßt hierzu Hrn. Flammann vom Planungsbüro Pesch.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić erklärt, dass die Fläche Neumatt-Brunnwasser zwischen den Ortsteilen im Rahmen der Standortsuche für das Zentralklinikum in den Fokus gerückt sei. Nun habe man Überlegungen für die Fläche, die man erstmalig im Rat vorstellen wolle. Die Fläche liege günstig und sei von drei Seiten erschlossen.

Herr Flammann veranschaulicht die Situation und Entwicklungsmöglichkeit der Sportflächenangebote sowie eine mögliche Wohnbebauung (Anlage 1). Es sei eine Bebauung mit angemessener Dichte denkbar, die sich in die Umgebung einfüge.

Stadträtin Krämer merkt an, dass Wohnraum knapp sei und die Fläche geeignet scheine, das Vorhaben jedoch nur mit Beteiligung der Bürgerschaft und der Sportvereine erfolgen könne. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass die ggf. übergangsweise angedachte Errichtung einer Anschlussunterbringung während der Planungszeit für max. 100 Flüchtlinge vorgesehen werden dürfe.

Stadtrat Simon bittet ebenfalls die frühzeitige Einbindung der Vereine, der Bürgerschaft und die Infrastruktur des Ortsteils zu berücksichtigen.

Stadträtin Kurfeß sieht in den Überlegungen ebenfalls eine Möglichkeit, der Wohnungsknappheit entgegenzuwirken, weist aber auch darauf hin, die Bevölkerung und die Sportvereine frühzeitig einzubeziehen. Hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung gibt sie an, dass es sich nicht um eine GU handeln würde. Bei einer guten Betreuung halte sie die Aufnahme einer höheren Anzahl an Flüchtlingen für denkbar.

Der Vorsitzende erinnert, dass das Thema Anschlussunterbringung heute nicht Gegenstand der Diskussion sei und verweist auf die Bürgerinformation am 3. Juli 2017 in der Alten Halle sowie den Gremienlauf im Juli.

Stadtrat Pichlhöfer erklärt, dass er hinsichtlich der Anzahl an Flüchtlingen noch Klärungsbedarf sehe. Er erkundigt sich, in welcher Gewässerschutzzone die Fläche liege.

Stadtrat Lusche verdeutlicht, dass der Bau des Zentralklinikums sowie die erhebliche Wohnbebauung für die Ortsteile Haagen und Hauingen bedeutsame und verändernde Vorhaben seien. Daher sei eine sorgfältige Beteiligung der Bürger geboten. Die Fläche Neumatt-Brunnwasser sei im Flächennutzungsplan für den Sport, sprich die Fußball- und Tennisvereine, angedacht. Daher müsse die Stadt bekennen, was ihre Vorstellungen in Bezug auf den Sport seien. Die Stadt müsse intensive Gespräche mit den Vereinen führen und Position beziehen.

Stadträtin Bachmann-Ade gibt an, dass es Irritationen im TC Haagen gebe und frühzeitig mit den Vereinen gesprochen werden müsse.

Der Vorsitzende stellt dar, dass man auf Initiative des TC Haagen in Gespräche eingestiegen und dort die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen sei. Eine Vereinsfusion oder Kooperationsmöglichkeiten könne man nicht erzwingen. Des Weiteren gibt er an, dass eine städtebauliche Entwicklung Haagens auch im Hinblick auf die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes anzustreben sei.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić geht auf die Frage des Wasserschutzes ein. Die Fläche liege in der Zone 3 und nicht im HQ100-Bereich. Mit der Vorlage habe man dem Gemeinderat erste Überlegungen als Auftakt vorstellen wollen, gleichwohl seien Fragen wie u.a. Regenrückhalt, Quellwasser, Artenschutz im Detail weiter zu prüfen sowie frühzeitig die Bürgerschaft zu informieren. Dies sei die übliche Vorgehensweise.

Der Vorsitzende bestätigt dies. Die Planung werde sich noch weiterentwickeln und reifen.

TOP 2

Wohnraumoffensive 2025

Vorlage: 111/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić verweist auf das Anliegen des Fraktionsantrags der CDU und der Grünen. Sie stellt hierauf die organisatorische und personelle Ansiedlung des Themas Wohnraumschaffung/-offensive vor und geht auf die großen Projekte, deren Sachstände sowie neue Ideen ein (Anlage 2). Die interne AG Neubaugebiete sei ein gutes Arbeitsteam und konzentriere sich auf die großen Projekte. Sie bittet um Verständnis für die Priorisierung.

Stadtrat Lusche dankt für die Vorstellung und zollt der geleisteten Arbeit Respekt. Das Potentialmodell halte er für ausbaufähig und er wünsche sich mehr Verbindlichkeit. Die Zielsetzung und Berichterstattung entspreche dem definierten Zieleprozess.

Stadtrat Bernnat verweist auf die Aufgabe des Gemeinderats, 2.500 Wohneinheiten bis zum Jahr 2025 zu schaffen. Der Rat müsse hinter dieser Zielstellung stehen und auch bei konkreten Projekten Einigkeit zeigen und nicht nur unverbindlichen Planungen zustimmen. Veränderungen würden nicht immer für alle Bürger Vorteile bringen.

Auch Stadträtin Kurfeß dankt der Arbeitsgruppe und für die Aufarbeitung des Antragsgesuchs. Die Zielstellung sei eine große Aufgabe. Sie weist darauf hin, dass hinter dem Wohnraumangel viele bedürftige Menschen stünden und die Abhilfe eine soziale Pflicht sei, aber auf verträgliche Art und Weise erfolgen müsse. Eine Verdichtung müsse akzeptiert werden.

Stadtrat Denzer erklärt, dass Potential zur Wohnraumschaffung da sei, aber viele Hemmschuhe teils auch von Seiten der Bürger vorhanden seien. Er betont, dass neuer Wohnraum auch bezahlbar sein müsse. Zudem dürften Bauanträge nicht liegen bleiben.

Aufgrund der ausstehenden Fraktionssitzungen verzichtet der Vorsitzende auf eine Abstimmung über die Beschlussvorlage im Ausschuss.

- Auf Nachfrage des Vorsitzenden hat der Hauptausschuss keine Bedenken gegen das Vorziehen des Tagesordnungspunktes 8. -

TOP 8

Bedarfsorientierte Sozialbetreuung von geflüchteten Menschen

Vorlage: 086/2017

Der Vorsitzende führt in das Anliegen der Beschlussvorlage ein.

Frau Dr. Schwarz teilt mit, dass die Verwaltungsvorschrift zum Pakt für Integration und die Verteilschlüssel noch nicht vorliegen würden. Sofern diese feststünden, wisse man die genaue Anzahl der benötigten Sozialarbeiter. Die Koordination des Welcome Centers solle im Rathaus angesiedelt werden. Die Sozialarbeiter/innen sollen diesem angegliedert werden, führen jedoch die Betreuung vor Ort in der Anschlussunterbringung durch.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die inhaltliche Beratung bereits im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales erfolgt sei. Aufgrund der ausstehenden Fraktionssitzungen verzichtet der Vorsitzende auf eine Abstimmung über die Beschlussvorlage.

TOP 3

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Kanderner Straße"

- Bericht über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren

- Beschluss zur Auslegung gemäß § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 BauGB

Vorlage: 070/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor. Er teilt mit, dass die Bearbeitung durch die Stadtbau Lörrach erfolge.

Stellv. Fachbereichsleiter Haasis stellt das Vorhaben vor (Anlage 3).

Herr Färber von der Stadtbau Lörrach informiert über das frühzeitige Beteiligungsverfahren.

Von Stadträtin Kurfeß wird nach der Möglichkeit der Festsetzung eines bestehenden Gebäudes gefragt. Herr Färber geht hierauf ein.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Vom Bericht über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren wird Kenntnis genommen.
2. Dem vorliegenden Satzungsentwurf zum Bebauungsplan und den Örtlichen Bauvorschriften „Kanderner Straße“ wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Auslegung gem. § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz BauGB durchzuführen.

TOP 4

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Lingertrain"

- Bericht über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren

- Beschluss zur Offenlage gemäß § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 BauGB

Vorlage: 061/2017

Stellv. Fachbereichsleiter Haasis erläutert und veranschaulicht die Festsetzungen des alten sowie des neuen Bebauungsplans „Lingertrain“ (Anlage 4). Ziel sei es, eine umsetzbare und angemessene Bebauung des Bereichs zu ermöglichen. Es bestehe bereits eine Veränderungsperre bis Oktober 2017 sowie einen Städtebaulichen Vertrag mit dem Grundstückseigentümer. Eine nochmalige Prüfung u.a. des Artenschutzes, der Hangstabilität/Geologie, der Waldumwandlung sei erfolgt respektive in Bearbeitung.

Frau Becker vom Planungsbüro fsp stellt den Bebauungsplan sowie die Ergebnisse des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens vor (Anlage 5). Der Bereich befinde sich in der Wasserschutzzone 3.

Stadträtin Krämer berichtet, dass die Problematik lange Thema im Ortschaftsrat Haagen gewesen und man froh über die jetzige Entwicklung sei. An den Zielen des Städtebaulichen Vertrags solle festgehalten werden. Sie stimmt der Beschlussvorlage zu.

Stadtrat Simon bestätigt, dass es Intention des Haagener Ortschaftsrats sei, den abgesicherten Stand und Kompromiss weiterhin zu sichern.

Stadträtin Kurfeß pflichtet dem bei. Der gefundene Kompromiss müsse umgesetzt werden.

Stadtrat Denzer stimmt der Beschlussvorlage zu.

Der Vorsitzende merkt an, dass ein hoher Verwaltungsaufwand hinter dem Vorhaben stehe. Konkrete Umsetzungsabsichten des Bauherrn seien aber nicht bekannt.

Stadtrat Pichlhöfer meint, dass sich der Aufwand für das Ergebnis gelohnt habe.

Sodann stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Vom Bericht über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren wird Kenntnis genommen. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend der tabellarischen Aufstellung in Anlage 6.
2. Dem vorliegenden Offenlageentwurf zum Bebauungsplan und den Örtlichen Bauvorschriften „Lingertrain“ wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die förmliche Auslegung gem. § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 BauGB durchzuführen.

TOP 5

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Gewerbegebiet Brombach Ost"

Information zum Verfahrensstand

Vorlage: 085/2017

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić berichtet, dass der Ortschaftsrat Brombach sowie die Anwohner über das Vorhaben informiert worden seien.

Herr Färber von der Stadtbau Lörrach stellt drei Varianten zum städtebaulichen Entwurf für das Plangebiet Brombach-Ost vor (Anlage 6). Hinsichtlich der Flächen- und Gebäudeanordnung gebe es verschiedene Varianten. Auch der Neubau des Museumsdepots sei auf der Fläche vorgesehen, welcher als baulicher Puffer zur angrenzenden Wohnbebauung fungieren könne. Er geht auf Aspekte des Schallschutzes, des Hochwassers, der Altlasten, der Lärmbelastung, der Werbeanlagen, der Anbindung der S-Bahn sowie der B 317 ein. Die aktuelle Planung werde sich noch entwickeln. Vom Ortschaftsrat Brombach werde die Variante B2 favorisiert. Herr Färber erläutert die weiteren Verfahrensschritte.

Der Vorsitzende erinnert, dass die Fläche als Ersatz für die entfallene Gewerbegebietserweiterung Entenbad-Ost entstehen solle. Dem Meinungsbild des Hauptausschusses entnimmt er ebenfalls eine Tendenz zur Planungsvariante B2.

TOP 6

Fortschreibung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes für die Stadt Lörrach

Vorlage: 063/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und begrüßt hierzu Herrn Dr. Kahnert vom Büro Acocella.

Herr Dr. Kahnert skizziert vier verschiedene Szenarien zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung (Anlage 7). Er begründet die Favorisierung für das Szenario II – „Stabilisierung des bestehenden gewerblichen Sektors“.

Der Vorsitzende sieht die anderen Szenarien ebenfalls als nicht für Lörrach passende Alternativen an.

Stadtrat Heuer dankt für die Aufarbeitung und Präsentation.

Stadtrat Bernnat fragt, inwiefern die Entwicklung von äußeren Faktoren abhängt. Im Windschatten von Basel ergäben sich auch Chancen. Er hebt hervor, dass eine Stadt von dem Miteinander von Wohnen und Arbeiten lebe. Die Entwicklung im Hugematt sei ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Stadträtin Kurfeß merkt an, dass der Stadt auch die Aufgabe zukomme, Gewerbebranchen zu entwickeln. Das Szenario II entspreche dem Wandel der Zeit.

Stadtrat Pichlhöfer betont die Bedeutung einer guten Mischung von Kleingewerbe und Handwerk.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Vom Bericht zur Fortschreibung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes für die Stadt Lörrach wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zur Stabilisierung des bestehenden gewerblichen Sektors (Szenario II) und zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

TOP 7

Einstieg in den neuen Zieleprozess für das Haushaltsjahr 2018 (ff.)

"Das Leitbild der Bürgerschaft in Politik und Verwaltung"

Verknüpfung politischer Schwerpunkte mit den Zielen des Leitbildes der Bürgerschaft

Vorlage: 115/2017

Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler stellt die Intention, den Ablauf des Zieleprozesses und die Herangehensweise der Verwaltung zur Formulierung der strategischen und operativen Ziele anhand der Beschlussvorlage vor.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die neue Struktur des Zielprozesses im Vorfeld bereits mehrfach vorgestellt worden sei, nun in kurzer Zeit der Einstieg formuliert wurde und die konkrete Umsetzung nun wichtig und zielführend sei.

Stadträtin Cyperrek begrüßt den zeitnahen Einstieg beginnend für das Haushaltsjahr 2018 und bekräftigt das Vorhaben der Verwaltung, die operativen Ziele zu konkretisieren. Sie fragt nach, wann und durch wen die Maßnahmen aus der Maßnahmenwerkstatt priorisiert würden.

Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler erklärt, dass dies im Zuge der Haushaltsplanberatungen auf Vorschlag der Verwaltung erfolge.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung für die strategischen und operativen Ziele (Leitziele der Verwaltung) auf Grundlage der „Zentralen Handlungsfelder“ als Ergebnisse der Klausur des Gemeinderats (Vorlage 097/2015) sowie deren Verknüpfung mit den Zielen des Leitbilds der Bürgerschaft als Einstieg in den neuen Zieleprozess zu.

TOP 9

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Der Vorsitzende informiert über die Personalentscheidungen der Ausschusssitzung vom 11. Mai 2017:

- „Herr Wolfgang Sach wird zum 1. Oktober 2017 als Dipl. Vermessungsingenieur im Fachbereich Vermessung eingestellt. Die Eingruppierung erfolgt in die Entgeltgruppe 10.“
- „Herr Michael Klatz wird zum 15. Mai 2017 als Stadtplaner im Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung eingestellt. Die Eingruppierung erfolgt in die Entgeltgruppe 12.“
- „Herr Alexander Nöltner wird zum 1. Juni 2017 als Stadtplaner im Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung eingestellt. Der Beschäftigungsumfang beträgt 75%. Die Eingruppierung erfolgt in die Entgeltgruppe 11.“

TOP 10

Allgemeine Anfragen

10.1 Bahnunterführung

Stadträtin Cyperrek spricht den unansehnlichen Zustand der Bahnunterführung Brombacher Straße und die defekten Aufzüge zum Bahnsteig an.

Der Vorsitzende berichtet, dass das Gespräch mit der Bahn erfolgt sei. Diese habe mitgeteilt, dass die Aufzüge nicht häufig defekt seien. Für einen rollstuhlgerechten Ausbau der Unterführung wäre die Stadt allein in der finanziellen Pflicht. Man stehe weiterhin mit der Bahn im Kontakt und teile die geäußerte Kritik.

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
gez. Roßkopf / Denzer

Schriftführung:
gez. Heinze